Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem.

Donnerstag, den 9. April 1925.

Einzelnummer: 25 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 43.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109, Hof rechts Tel. 36-90. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Privat-Telephon des Schriftleiters: 28-45

Der Abonnementspreis für den Monat April beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

3. Jahrg.

Politische Streiflichter

In der vorigen Woche hat in Riga eine Besprechung militärischer Vertreter Lettlands, Estlands, Polens, Finnlands und Rumäniens zwecks gemeinsamer Stellungnahme zur Genfer Konferenz vom 4. Mai wegen der Konvention über den Waffenhandel und Waffentransport stattgefunden. Zur Konferenz waren Deutschland und Rußland nicht eingeladen. Auf polnischen Wunsch war die Konferenz streng geheim gehalten worden. Die Polen erschienen jedoch in Uniform. Infolgedessen gab es Ueberraschung und Beunruhigung in hiesigen diplomatischen Kreisen und in der Auslandspresse. „Prawda" und andere Zeitungen sprechen von einem Geheimabkommen gegen Rußland, aber auch gegen Deutschland, und zeigen eine nicht gewöhnliche Erregung. Natürlich ist auf der Konferenz die militärische Lage der Randstaaten hinsichtlich Rußlands besprochen worden. Von einem militärischen Geheimabkommen aber, so heißt es, sei keine Rede.

Die polnische Presse hüllt sich in Stillschweigen. Man nimmt überhaupt nicht Stellung zu dieser Konferenz. Man tut so, als ob sie nicht stattgefunden hätte.

Die Unruhe, die in den baltischen Staaten angesichts der Erstarkung der ssowjetrussischen Wehrmacht herrscht, ist verständlich. Der Revaler Putsch am 1. Dezember hat gezeigt, daß die Sorge der Baltenstaaten nicht ohne Grund ist. Wenn auch vom offiziellen Rußland vorläufig keine Angriffe zu erwarten sind, so sind doch Vorstöße der Dritten Internationale, der Organisation, die für politische Unternehmungen des Bolschewismus die Deckung liefert, nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Wenn also die Baltenstaaten zu einer Besprechung zusammenkommen, so ist das ein mehr oder weniger wichtiges Ereignis, jedenfalls ein Ereignis von keiner besonders großen politischen Bedeutung. Anders wird es jedoch, wenn Polen an den Besprechungen teilnimmt und vollens wenn noch Rumänien hinzugezogen wird. Durch die Teilnahme dieser beiden Staaten an den militärischen Besprechungen wird klipp und klar dokumentiert, daß es sich um militärische Fragen handelt, die hauptsächlich Ssowjetrußland betreffen.

Das Geheimnis der militärischen Geheimkonferenz wurde in geradezu grotesker Weise von Polen aus demonstrativen Gründen zerstört, indem die polnischen Vertreter in voller Paradeuniform zu den Sitzungen erschienen.

Daß die Geheimkonferenz der ausländischen Presse Anlaß zu allerlei Vermutungen gibt, ist kein Wunder, wenn man bedenkt, daß Polen bezw. Frankreich schon einmal daran gewesen ist, sämtliche Randstaaten unter seiner Führung mit der offenen Spitze gegen Ssowjetrußland zu bringen.

Die Geheimtuerei mit dieser Konferenz zeigt, daß man nicht nur in den Baltenstaaten, sondern auch schon in Polen und Rumänien nervös geworden ist. Das Gefühl der Sicherheit fehlt. Die nervöse Stimmung hat sich in den letzten Tagen noch mehr verstärkt. Die feige Ermordung von Baginski und Wieczorkiewicz hat die Beziehungen zwischen Polen und Rußland noch mehr verschärft.

Die Schüsse von Sarajewo führten uns 1914 zum Weltkriege. Die Schüsse von Stołbce sind für Polen ebenfalls verhängnisvoll. Nun, ganz so schlimm, wie im Jahre 1914 kann es wohl diesmal nicht werden. Immerhin kann diese Wahnsinnstat zu ernsten politischen Komplikationen führen.

Das zeitliche Zusammenfallen der militärischen Geheimkonferenz mit dem feigen Meuchelmord wird selbstverständlich von Ssowjetrußland in schärfster Weise gegen Polen ausgebeutet. Die Ssowjetpresse spricht von Angriffsabsichten nicht nur gegen Rußland, sondern auch gegen Deutschland, das ebenfalls, trotz des großen Interesses, das dieses Land an der Waffendurchfuhr hat, zur Konferenz nicht eingeladen wurde. Diese Schlußfolgerung der ssowjetrussischen Presse ist mehr als Wahnwitz, denn so verblendet halten wir nicht einmal unsre ärgsten Militaristen, daß sie ernstlich einen Angriffskrieg gegen Rußland in Erwägung ziehen.

* * *

England und Frankreich arbeiten an dem Entwurf der Antwort auf die deutschen Garantievorschläge. Die Antwort soll demnächst erfolgen. Wie es polnischen Pressemeldungen zufolge heißt, beabsichtigt Frankreich die Antwort, ehe sie abgeschickt wird, der polnischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Ob diese Nachricht stimmt, lassen wir dahingestellt sein.

Die Stimmung für eine ernste Prüfung der deutschen Vorschläge ist in Frankreich im Wachsen begriffen. Bemerkenswert ist ein Artikel der größten Straßburger Zeitung, der „Republique". Dieses Blatt hebt mit großem Nachdruck die Bedeutung des deutschen Angebots hervor, die es welthistorisch nennt und die ihm klar zu Tage tritt, „wenn man weiß, wie das Fehlen eines freiwilligen Verzichts Frankreichs nach der im Frankfurter Frieden erzwungenen Abtretung Elsaß-Lothringens die Weltpolitik der letzten fünfzig Jahre beeinflußt hat". Das Straßburger Blatt meint, Herriot, der eine große Verantwortung trage, müßte für Frankreich mit beiden Händen zugreifen, „wenn es seine Entschließungsfreiheit Polen gegenüber noch ganz besitzt — und es wäre bedauerlich, wenn dies nicht der Fall wäre". Der Artikel nennt die Behauptung, daß die restlose Garantierung der in Versailles geschaffenen Lage im Osten Ehrenpflicht Frankreichs sei, geradezu unmoralisch und begründet dieses Urteil durch den Hinweis, „daß die jungen Elsässer gegebenenfalls ihr Leben und ihre Gesundheit einsetzen sollen, um die Befreiung der von Polen unterdrückten fremden Völkerstämme zu verhindern." Am Schluß beklagt das Blatt, daß die Tragweite des französisch-polnischen Bündnisses dem französischen Volke immer noch verheimlicht bleibe, und verlangt für den Fall, daß Frankreich Polen gegenüber weiter als erwünscht gebunden sein sollte, daß die Verantwortlichkeiten festgestellt würden.

Aehnliche Pressestimmen mehren sich auch in Paris. Wie London über die deutschen Vorschläge denkt, ist ja zur Genüge bekannt. Polen müßte mit diesen Strömungen in der Oeffentlichkeit Frankreichs und Englands rechnen und versuchen, das zu erreichen, was zu erreichen ist. Dies wäre staatspolitische Klugheit. Doch scheint es, daß gerade bei uns in Polen die Dummen nicht zu dünn gesät sind. Denn nur als Dummheit kann man die Artikel bezeichnen, in denen Skribenten auf das Piedestal eines in Waffen strotzenden

Ratajski gegen die jüdische Sprache.

Der Jargon darf nur im Privatleben benützt werden.

Eine recht sonderbare Auslegung der Verfassung und der darin den Minderheiten verbrieften Rechte hat der Innenminister Ratajski, über dessen Regierungsblüten wir schon öfter zu berichten Gelegenheit hatten.

Die jüdischen Abgeordneten hielten vor einiger Zeit in Kolomea eine Berichterstattungsversammlung ab. In derselben sollten auch die dortigen Führer der jüdischen Bevölkerung, die keine Abgeordneten sind, Ansprachen halten. Als einer derselben mit der Rede in jüdischer Sprache begann, wurde er von einem Sicherheitsbeamten unterbrochen, der erklärte, daß er die Ansprache nur in polnischer Sprache zulassen kann.

Daraufhin reichte der Abgeordnete des jüdischen Klubs, Silberschein, eine Interpellation an den Innenminister ein, in der er sich über die Willkür der unteren Behörden beklagte und den Minister aufforderte, die Polizei zu belehren, daß gemäß der Verfassung der Gebrauch auch der jüdischen Sprache öffentlich gestattet ist.

Der jüdische Klub nahm das Vorgehen der Behörden von der humoristischen Seite, da ihnen bisher ein ähnliches Verbot nicht begegnet ist. Sie schrieben dasselbe dem Uebereifer des Beamten zu. Vor einigen Tagen antwortete Herr Minister Ratajski auf die Interpellation wie folgt:

„In der herausgegebenen Verordnung, wonach der Gebrauch der jüdischen Sprache in öffentlichen Versammlungen verboten ist, sehe ich keine Ueberschreitung der Verfassung vom 17. März 1921 oder des Art. 109 der Konstitution. Das in diesem Artikel festgelegte Recht der Pflege der Muttersprache betrifft, selbstverständlich, das Privatleben und kann den notwendigen Anordnungen der Staatsbehörden nicht im Wege stehen.

Das Innenministerium, Nr. 18586, vom 14. März 1925."

Ueber diese Antwort war der jüdische Sejmklub nicht nur erstaunt, sondern empört. Die Interpretation der Verfassung durch Herrn Ratajski ist der Gipfel dessen, was bisher im Innenministerium für möglich gehalten wurde.

Die jüdischen Abgeordneten halten es als ebenfalls selbstverständlich, den Sejm zu befragen, ob er sich die Verfassung in dem Geiste wie Minister Ratajski gedacht hat. Die Abgeordneten hoffen, daß der Minister und dann seine Beamten belehrt werden, daß man auch im öffentlichen Leben und nicht nur mit der Frau im Schlafzimmer jüdisch sprechen darf.

Für die Ideologie des Herrn parteilosen Innenministers ist diese geradezu skandalöse Auslegung der Verfassung sehr bezeichnend.

allmächtigen Polens sich erhebend, gewisse Kreise in Frankreich, besonders aber England in einer Weise angreifen, die geradezu als Provokation wirken muß.

Die „Rzeczpospolita“ schreibt:

„Wir müssen Europa überzeugen, daß der deutsche Anschlag auf polnische Gebiete, ganz gleich, ob militärischer oder diplomatischer Arbeit, von unsrer Seite den schärfsten Widerstand hervorrufen wird. Wir werden dem Gegner die verdiente Antwort nicht schuldig bleiben. Europa müßte wissen, daß es, wenn es weiter die deutschen Anschläge auf unsre Gebiete und Unabhängigkeit begünstigt, gleichzeitig das Feuer schürt, in dem es selbst zugrunde gehen wird. Wir haben Mittel in der Hand, um unsre Drohung zu verwirklichen. Nicht einmal der Kanal, der England von Europa trennt, wird die lodernden Flammen aufhalten können. Wenn wir untergehen sollen, dann sollen auch alle anderen mit uns verbrennen.“

Die „Rzeczpospolita“ steht in derartigen Angriffen gegen England nicht vereinzelt da. Wenn die nationalistisch-militaristische Presse meint, England und Europa auf diese Weise einzuschüchtern, so erweist sie dadurch dem polnischen Staate nur einen großen Bärendienst. A. Z.

Minister Kopczynski bleibt.

Dem Minister für Landreform, Kopczynski, ist vor einigen Tagen in der Budgetkommission das Mißtrauen ausgedrückt worden. Wie verlautet, denkt der Herr Minister gar nicht daran, zurückzutreten, da nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten Grabski, Minister nur durch ein Mißtrauensvotum des Sejm zum Rücktritt gezwungen werden können.

Marx — Kandidat der Republikaner.

Die Einigung der deutschen Linksparteien auf die gemeinsame Kandidatur wird in Paris mit größter Befriedigung aufgenommen. Man sieht darin, genau wie in der Wahl Otto Brauns zum preußischen Ministerpräsidenten, einen Beweis nicht nur für die Entschiedenheit, mit der die deutsche Demokratie den Trennungsstrich gegen die Rechte gezogen hat, sondern vor allem auch ein sicheres Unterpfand dafür, daß die Hoffnung der Rechten auf die Präsidentschaft der deutschen Republik als endgültig gescheitert betrachtet werden kann.

Auch in England hat die Einigung guten Eindruck gemacht. Dieser Kompromiß wird besonders begrüßt, weil Marx sich in England seit der Londoner Konferenz eines großen Ansehens erfreut und nach englischer Auffassung die Gewähr für eine Fortführung des Kurses Ebert gibt. Die angesehenste konservative Zeitschrift Englands „Spektator“ nennt Marx einen Mann mit größter politischer Erfahrung und größtem politischen Verantwortungsbewußtsein. „Daily Telegraph“ und „Times“ bezeichnen gleichzeitig die Wahl Brauns zum Ministerpräsidenten als ein symbolisches Ereignis. So und durch die bevorstehende Wahl eines Republikaners zum Reichspräsidenten sei die vereinigte Rechte einigermaßen außer Fassung geraten.

Die schweizer Presse begrüßt die Aufstellung der Kandidatur Marx als einen Sieg der republikanischen Idee.

Das Weserunglück.

Der Bericht über das Ergebnis der Voruntersuchung des Unglücks auf der Weser ist nun veröffentlicht worden. Danach ist nicht richtig, was in den ersten Meldungen gesagt wurde, daß die zum Uebersetzen über den Fluß benutzte Fähre in der Mitte entzweigebrochen sei, sie ist vielmehr völlig intakt geblieben. Der Ablauf der Katastrophe war ungefähr so: Durch eine Veränderung der Gierstellung schien ein Ponton etwas Wasser zu bekommen, die Besatzung wurde unruhig und veränderte teilweise ihre Stellung, dadurch veränderte sich das Gleichgewicht, es entstand eine Panik, die Fähre kippte etwas, ein Teil der Besatzung rutschte ins Wasser und versank sofort, da sie, wie es in dem Bericht wörtlich heißt, „der Vorschrift entsprechend, ihr Gepäck umgehängt und den Stahlhelm aufgesetzt hatten“. Der Vorschrift entsprechend! Eine wahnsinnige Vorschrift! Eine Vorschrift, die vielen jungen Menschen das Leben kostet, weil sie ihnen die für eine gefährliche Uebergangsart denkbar ungeeignetste Ausrüstung auferlegt. Diese üble Bepackung mit Stahlhelm und Tornister steht auch bei den Rettungsversuchen überall im Weg, und der Gehorsam gegenüber den Dienstvorschriften („das Gewehr ist die Braut des Soldaten“) läßt die Leute bis zum letzten Waffe und Gepäck ängstlich festhalten, trotzdem sie damit in ihren sicheren Tod gehen. Die größte Soldatentugend, der Gehorsam, zeigt sich hier im vollen Licht.

Die Wahlen in Belgien.

Am Sonntag fanden in Belgien die Parlamentswahlen statt. Entsprechend dem Wahlergebnis wird sich das Parlament wie folgt zusammensetzen: 81 Katholiken, 76 Sozialisten, 25 Liberale, 5 Flamen und 1 Kommunist.

Vorher zählte das Parlament 82 Katholiken, 66 Sozialisten, 33 Liberale, 4 Flamen und 1 Kombattanten. Daraus ist ersichtlich, daß die Sozialisten durch den Gewinn von 10 Mandaten einen großen Sieg davongetragen haben. Mit Ausnahme der Flamen haben alle Parteien verloren. Der Sieg der Sozialisten ist darauf zurückzuführen, daß sie diesmal mit Einheitslisten in den Wahlkampf zogen. Die Katholiken traten in verschiedenen Bezirken mit getrennten Listen auf.

Die Kommunisten ziehen mit einem Abgeordneten zum ersten Mal ins Parlament ein. Die Konkurrenz der Kommunisten hat sich für die Sozialisten also nicht zu groß erwiesen.

Für die Revision der Verträge.

Eine Rede Chamberlains.

Der englische Außenminister Chamberlain hat in Birmingham eine Rede gehalten, in der er erklärte, daß an eine Unterzeichnung des Genfer Protokolls nicht zu denken sei, da es keine Sicherheit für den allgemeinen Frieden gebe. Die beste Sicherheit für den Frieden sei die Verständigung mit den ehemaligen Feinden. Eine Revision der Verträge würde sich gegenwärtig schwer durchführen lassen. Chamberlain fügte jedoch hinzu, daß eine Revision notwendig sei. Das Verlangen danach werde in den einzeinen Staaten immer dringender.

England und die Sowjets.

Englischer Kredit für Rußland.

Die Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland scheinen sich in der letzten Zeit bedeutend gebessert zu haben. Dieser Umschwung ist wahrscheinlich auf die veränderte Haltung der russischen Regierung zurückzuführen, die die bolschewistische Propaganda in Asien und auch in England nicht mehr in der Weise unterstützt, wie dies noch vor einigen Monaten der Fall war. England will sich dafür erkenntlich zeigen und den Sowjets, wie es in der englischen Presse heißt, keine Schwierigkeiten bei der Aufnahme einer englischen Anleihe machen.

Palästina.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus antwortete der Staatssekretär des Innenministeriums, daß während des Aufenthalts Balfours in Palästina 16 arabische Kommunisten (?) verhaftet wurden, die Proklamationen gegen Balfour verteilten.

Sir Samuels hat eine Wiederberufung zum Statthalter abgelehnt. Zu seinem Nachfolger soll Oberst Mathew Nathan ernannt werden.

Lokales.

Von der Krankenkasse.

Die gestrige Sitzung der Verwaltung leitete Vorsitzender Kaluzynski.

Bei Beginn der Sitzung teilte Direktor Dr. Arzt mit, daß demnächst der Konkurs für architektonische Entwürfe zum Bau der Heilanstalt in Chojny ausgeschrieben wird. Es wurden vier Preise festgesetzt und zwar der erste auf Zl. 4000, der zweite auf 3000 und der dritte und vierte auf je 1500 Zl., zusammen 10 000 Zloty.

Hierauf wurde ein neues Abkommen mit den in den Krankenkassen angestellten Hebammen gutgeheißen. Außerdem bestätigte die Verwaltung eine 10prozentige Erhöhung der Bezüge der Hebammen.

Abgelehnt wurde ein Antrag auf Einstellung der Herausgabe der Halbmonatsschrift „Wiadomosci Kasy Chorych“.

Beschlossen wurde, für die zu erbauende Heilanstalt in Chojny 800 Tausend Stück Ziegel anzukaufen. Der Preis pro Tausend variiert zwischen 35 und 45 Zloty.

Bei Besprechung der Angelegenheit der Zwangsversicherung der privaten Dienstboten wurde beschlossn, in der allernächsten Zeit hierzu zu schreiten. Fürs erste wird die Zwangsversicherung in Zgierz durchgeführt.

Beim zweiten Ambulatorium an der Petrikauer Str. Nr. 17 wird eine Beratungsstelle für schwangere Frauen errichtet. Eine zweite Beratungsstelle und zwar für Geschlechtskranke wird beim 3. Ambulatorium eingerichtet.

Auf Antrag des Sprechers der sozialistischen Fraktion wurde beschlossen, die für den 17. April l. J. festgesetzte Sitzung des Rates der Krankenkasse zu verschieben und den Termin auf den 8. Mai festzusetzen. Dabei soll die Angelegenheit der Erhöhung der Versicherungsskala auf die Tagesordnung gestellt werden.

Der Teuerungsindex ist im März im Verhältnis zum Februar um 0,52 Prozent gestiegen.

Die Handelszeit vor den Feiertagen. Bekanntlich besteht eine Verordnung, wonach die Handelszeit in der letzten Woche vor Weihnachten und Ostern um 2 Stunden verlängert werden darf. Gewöhnlich wurde noch ein besonderes Gesuch der Kaufmannschaft an den Arbeitsminister zwecks Genehmigung der Verlängerung gerichtet. Das Arbeitsministerium ließ dann in Verbindung mit dem Innenminister an die einzelnen Polizeibehörden die Mitteilung zugehen, daß die Verlängerung gestattet ist. Also eine Verordnung, die erst nach längerem hin und her, Rechtskraft erhält. Die Kaufmannschaft der Stadt Warschau hat vor einigen Tagen um die Genehmigung nachgesucht, die Lodzer dagegen nicht, so daß in Warschau die Verkaufszeit um zwei Stunden verlängert wurde. In Lodz hingegen laufen die Polizisten mit gezückten Bleistiften herum und schreiben Protokolle, daß es nur so kracht. Zu Weihnachten kam die Genehmigung ziemlich spät, so daß nicht alle Polizeikommissariats rechtzeitig unterrichtet werden konnten. Und so hatten wir das lächerliche Schauspiel, daß im Rayon des einen Kommissariats die Läden geöffnet waren und im anderen nicht. Auch am Montag und Dienstag wurden zahlreiche Protokolle verfaßt, da die Kaufleute sich auf die Verordnung stützend, sich weigerten, die Läden zu schließen. Inzwischen aber feiert der hl. Bürokratius Triumphe. Man wartet in Warschau auf das Gesuch der Lodzer Kaufmannschaft. Fürwahr eine schöne Wirtschaft!

Am 2. Osterfeiertag wird gefeiert. Im heutigen „Dziennik Ustaw“ erschien eine Verordnung, die die wiedereingeführten Feiertage betrifft. Danach ist der zweite Ostertag wieder gesetzlicher Feiertag.

Die Unterstützungen für die arbeitslosen Angestellten werden von morgen, Donnerstag, den 9. April, im Lokal des Vereins der polnischen Handelsangestellten, Petrikauer 108, ausgezahlt.

Die Bauarbeiter fordern Lohnerhöhung. Die zum Verband „Praca“ gehörenden Bauarbeiter haben die Bauunternehmer aufgefordert, für 1925 einen Vertrag aufzustellen und die Gehälter um 50 Prozent zu erhöhen. Die Erhöhung wird damit motiviert, daß die Bauarbeiter nur einige Monate im Jahre beschäftigt sind.

Die Regierung gegen die Lohnkürzungen. Gestern fand im Ministerrat eine Sitzung statt, in der über die Wirtschaftslage des Staates beraten wurde. Nach gründlicher Debatte äußerten alle Minister die Meinung, daß eine Besserung der Lage in der Industrie keinesfalls durch Lohnkürzungen erfolgen wird.

Vereinigung zweier jüdischer Handelsangestelltenverbände. Die Verwaltungen der jüdischen Angestelltenverbände an der Sienkiewicza 22 und Kosciuszki 21 haben beschlossen, sich zu vereinigen. Gegenwärtig finden die Verhandlungen hierüber statt.

Der Kampf gegen die ausländischen Kurorte. Nachdem die chinesische Mauer um Polen durch die Erhöhung der Paßgebühr von 100 auf 250 Zloty wieder aufgerichtet wurde, kommt eine zweite Verordnung der Warschauer Zollbehörden. Die Genehmigung, bei einer Auslandsreise 1000 Zloty mitnehmen zu dürfen, wird derart abgeändert, daß diese Summe auf 500 Zloty herabgesetzt wird. Damit beabsichtigt die Regierung, Kurbedürftige im Lande zurückzuhalten.

Die Büros der Lodzer Krankenkasse werden am Freitag und Sonnabend nur bis 12 Uhr mittags geöffnet sein.

Der Magistrat wird von den Arbeiterverbänden boykottiert. Der Magistrat hat beschlossen, den Tagelohn für die Saisonarbeiter auf 3 Zloty 20 Groschen herabzusetzen. Als der Magistrat sich in den letzten Tagen an die Verbände wandte und von diesen die Zuweisung von Arbeitern forderte, antworteten diese nicht. Nunmehr will der Magistrat Arbeiter außerhalb der Verbände engagieren.

Zur Rekrutierung des Jahrganges 1904. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle Rekruten sich der Aushebungskommission stellen müssen. Eine Ausnahme bilden nur Taubstumme, Blinde und Geisteskranke.

Zur Geschäftslage. In der Feiertagswoche wurden auf dem Lodzer Geschäftsmarkt keine bemerkenswerten Belebungen notiert. Eine Anzahl auswärtiger Kaufleute bot Transaktonen auf langterminierte Akzepte an. Nur in kleinen Fällen kam es zu Abschlüssen.

Verurteilung ehemaliger Krankenkassenbeamten. Vorgestern verhandelte das Lodzer Bezirksgericht gegen die früheren Inkassenten der Lodzer Krankenkasse, Feliks Plawski und Adam Staron, die 1700 Zloty unterschlagen haben. Sie wurden zu je einem Jahre Gefängnis sowie zur Rückerstattung der defraudierten Summe verurteilt.

Du sollst nicht zweien Herren dienen.

Der Staatsanwalt Markowski, der es zu einer gewissen Berühmtheit als Ankläger in Prozessen gegen Kommunisten gebracht hat, versieht außer diesem einen Amte noch ein zweites. Er ist nämlich noch nebenbei Geschichtslehrer an der Oberrealschule von Wisniewski in der Narutowiczstr. Wir wollen nicht untersuchen, ob er als Lehrer eben solch guter Fachmann wie als Staatsanwalt ist. Uns interessiert nur der Umstand, daß es auch für einen wichtigen Staatsanwalt nicht leicht ist, zweien Herren zu dienen. Herr Markowski ist als Staatsanwalt nämlich mit Arbeit derart überlastet, daß er oft, sehr oft sogar den Unterricht an der Schule ausfallen lassen muß. In der Schule ist nun die verderbliche Sitte eingebrochen, daß die Schüler die Zeitungen gierig nach Nachrichten verschlingen, an welchem Tage es wieder einen

An unsere gesch. Leser! ◎◎◎

Infolge technischer Vorbereitungen für die Osternummer erscheint die heutige Nummer in kleinerem Format. Die nächste Nummer erscheint Sonnabend früh. Derselben wird ein illustriertes Beiblatt beigegeben.

Der Verlag.

Kommunistenprozeß gibt und ob Herr Markowski die Anklage vertritt. Die Schüler wissen dann genau, daß Herr Markowski nicht in die Schule kommen wird, da diese Prozesse gewöhnlich immer lange dauern. Die Folge davon ist, daß sie sich einfach für diese Stunde nicht vorbereiten. Es ist bei den Schülern direkt zu einem Lotteriespiel geworden: kommt er oder kommt er nicht! Daß dies demoralisierend auf die Schuljugend wirken muß, dürfte auch Herrn Direktor Wiśniewski einleuchten.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben:

Mit Rücksicht auf den Gründonnerstag wurde die auf diesen Tag festgesetzte Vorstellung auf Mittwoch verlegt. Das Premierenabonnement Nr. 27 fällt also diesmal auf Mittwoch. Zur Aufführung gelangt der ausgezeichnete musikalische Schwank „Der Weiberfeind" von Leo Fall. Schon der Name dieses berühmten Komponisten, dessen „Pompadour" und „Rose von Stambul" einen unerhörten Siegeszug durch die ganze Welt feierten, verbürgt einen vollen Erfolg. „Der Weiberfeind", sein neuestes Werk, wurde an den meisten Wiener und deutschen Bühnen mit Bombenerfolg hundertmal aufgeführt. Das lustige Libretto läßt in tollem Durcheinander reizende Figuren über die Bühne wirbeln: die kapriziöse Wiener Kabarettdiva, den verschrobenen weltfernen beleibten Professor, die mondäne verwöhnte Frau von Welt mit ihren luxuriösen Toiletten, den schüchternen, verliebten Gymnasiasten usw. Und was die alle an Schlagern singen („Was hat man denn vom Leben"; „Ein bißchen Liebe, Liebe, Liebe"; „Tanz nach meiner Pfeife, großer dummer Bär") sind eben echte unverfälschte Fall-Musik. Ueberdies erhält der Schlager dem Milieu angepaßt nie dagewesene Ausstattung.

Die Bücherei des Deutschen Schul- und Bildungsvereins wird Sonnabend, den 11. April, geschlossen sein.

Aus dem Reiche.

Pabianice. Vorwahlversammlung. Am Sonnabend, den 4. d. M., fand im Hegenbarthschen Saale die erste Vorwahlversammlung der Deutschen Arbeitspartei statt. Sejmabgeordneter Artur Kronig schilderte den Versammelten in einer längeren Rede die politische und wirtschaftliche Lage. Zum Schluß kam er auf die Bedeutung der bevorstehenden Stadtratwahlen zu sprechen. Redner betonte, daß es Pflicht aller Deutschen von Pabianice sei, ihr Wahlrecht auszuüben, um die demokratischen Strömungen in unserem Lande zu stärken, von denen allein wir eine Verwirklichung unserer sozialen und völkischen Postulate erwarten können. Nach der Erläuterung verschiedener wahltechnischer Fragen wurde die Versammlung geschlossen.

Alexandrow. Die deutsche 7klass. Volksschule in Alexandrow hat dank den Bemühungen der Leitung einen Radioapparat aufgestellt. Dadurch wird auch Alexandrow die Konzerte aus aller Welt hören können.

Sosnowice. Stadtratwahlen. Am Sonntag fanden hier Stadtratwahlen statt. Von 44 Mandaten erhielt die P. P. S. 29, die vereinigten rechten Parteien 7, die N. P. R. nur ein einziges Mandat. Die übrigen 7 Mandate erhielten die Juden und die Kommunisten.

Tschenstochau. Ermordete Zollbeamte. Im Dorfe Janki wurden zwei Zollbeamte, Kaminski und Zulinski, von Banditen überfallen und durch Revolverschüsse getötet. Die Banditen raubten 3000 Zloty.

Lemberg. Bestrafte Wüstlinge. Vor dem Lemberger Bezirksgericht fand dieser Tage der Prozeß gegen 6 hiesige Beamte statt, die längere Zeit hindurch minderjährige Mädchen nach dem Stadtpark lockten und sie dort vergewaltigten. Verurteilt wurden: Alexander Wojciechowicz zu 6 Jahren schweren Kerkers, Gustav Dreyer zu 5 Jahren, Eugen Tkacz zu anderthalb Jahren und Sluzanski zu 10 Monaten. Die Mitangeklagten Dominik und Genbalski wurden freigesprochen. Dieses Urteil wird hoffentlich die Heißblütigkeit mancher Wüstlinge, die überall zu Hause sind, kühlen.

Kurze politische Nachrichten.

Die Beerdigung Baginskis und Wieczorkiewiczs fand in Stolbce statt. An derselben nahmen nur die Witwen der beiden Ermordeten teil.

Der französische sozialistische Abgeordnete Paul Boncour hat seine Reise infolge der Zuspitzung der innerpolitischen Lage Frankreichs verschoben.

Von der Kownoer Universität. Der litauische Sejm hat ein Gesetz über die Errichtung einer evangelischen theologischen Fakultät an der Kownoer Universität angenommen. Die deutsche Fraktion stimmte dagegen. Nach Ansicht der Deutschen gibt es keine geeigneten Lehrkräfte, um in litauischer Sprache theologische Vorlesungen zu halten.

Die Ergänzungswahlen im nördlichen Irland ergaben die Wahl von 14 Unionisten, 3 Nationalisten, 2 Arbeitsparteiler und 1 Republikaner.

Mobilisierung in der Türkei. Um den Aufstand der Kurden niederhalten zu können, mobilisierte die Türkei vier Jahrgänge.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Achtung, Ortsvorstand Lodz!

Am Donnerstag, den 9. April l. J., um 6 Uhr nachmittags, findet in der Redaktion der „Lodzer Volkszeitung", Petrikauerstraße 109, eine ordentliche Vorstandssitzung statt. Die Anwesenheit aller Vorstandsmitglieder ist dringend erforderlich.

Das Präsidium.

Einberufung des II. Parteitages der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Gemäß dem § 21 des Organisationsstatutes bringt der Hauptvorstand der D.A.P. hiermit der Ortsgruppen der Partei folgendes zur Kenntnis:

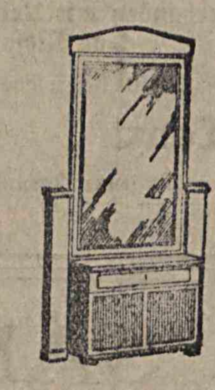
Der II. Parteitag der D. A. P. ist für Sonntag, den 3. Mai, 9 Uhr morgens, nach Lodz einberufen.

Die provisorische Tagesordnung des II. Parteitages:

1. Konstituierung des Parteitages.
2. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
3. Wahl der Mandatprüfungskommission.
4. Geschäftsbericht des Hauptvorstandes.
5. Bericht der Kontrollkommission.
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission.
7. Ausbau der Organisation.
8. Die Finanzen der Partei.
9. Wahl des Parteirates und der Kontrollkommission.
10. Sonstige Anträge.

Der Hauptvorstand der D. A. P.
(—) E. Zerbe,
Parteivorsitzender.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Std. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.



Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(54. Fortsetzung.)

Dr. Glossin erschrak. Das war das Mädchen nicht mehr, das sich in Trenton und Reynolds-Farm willenlos seinem Blick unterwarf. Er gab das Spiel verloren, erwartete im nächsten Moment eine Flut von Vorwürfen zu hören, sann auf schnellen Rückzug.

Nichts dergleichen geschah.

Jane begrüßte ihn wie einen alten Bekannten. Sie lud ihn ein, mit in das Haus zu kommen, und geleitete ihn dort in das Besuchszimmer. Hier erkundigte sie sich nach allen Bekannten in Trenton.

Dr. Glossin beantwortete ihre Fragen ausführlich und versuchte, dieses eigentümliche Benehmen zu ergründen. Ganz vorsichtig ließ er den Namen Elkington fallen. Jane reagierte nicht darauf. Der Doktor wurde deutlicher. Er sprach von Elkington, wo er sie das letztemal gesehen habe. Jane blickte ihn verwundert an.

„Elkington? ... Elkington? ... Ich bin nie in Elkington gewesen. Soweit ich mich erinnere, haben wir uns das letztemal in Trenton beim Begräbnis meiner Mutter gesehen."

„Aber meine liebe Miß Jane, können Sie sich auch nicht an Reynolds-Farm erinnern ..."

Jane schüttelte verneinend das Haupt. Dabei lachte sie vergnügt: lachte den Doktor gerade aus, bis er seine Neugier nicht mehr meistern konnte.

„Darf ich fragen, Miß Jane, welcher Umstand Ihre Heiterkeit erregt?"

„Gewiß, Herr Doktor, ich amüsiere mich darüber, daß Sie mich noch immer als Miß anreden. Ich glaubte, mein Mann hätte Ihnen meine Vermählung längst mitgeteilt ..."

Dr. Glossin sah nicht sehr geistreich aus. Das Erstaunen war zu groß, die Neuigkeit war zu überraschend und kam zu plötzlich.

Jane sah es und brach in ein helles Gelächter aus. „Sie wissen also nicht, daß ich verheiratet bin? Wissen natürlich auch nicht, wer mein Mann ist?"

„Keine Ahnung, Mrs. ... Mrs. ..."

„Mrs. Bursfeld, damit Sie meinen vollen Namen kennenlernen, Herr Doktor."

„Ich konnte es mir fast denken."

Dr. Glossin murmelte die Worte unhörbar vor sich hin. Mochte Jane immerhin geheiratet haben, so war sie heute doch schon wieder Witwe. Das sollte ihn nicht stören. Aber er mußte klar sehen, welche Veränderung mit ihr vorgegangen war.

Ihre Erinnerung war lückenhaft. Sie wußte nichts mehr von Reynolds-Farm, wußte vielleicht überhaupt nicht mehr, daß es jemals einen Menschen namens Logg Sar gegeben hatte, obwohl sie heute Mrs. Bursfeld war. Todesurteil, Verrat, alle die Dinge, bei denen Glossin eine so schlimme Rolle spielte, waren ihrem Gedächtnis entschwunden. Es war dem Doktor klar, daß hier eine suggestive Beeinflussung vorlag. Man hatte Jane diese aufregende Vorfälle vergessen lassen, um ihr hier ein ruhiges Leben der Erholung und Kräftigung zu ermöglichen. Die guten Wirkungen der Maßnahme zeigten sich auch unverkennbar an ihrem Aussehen.

Aber noch etwas anderes mußte geschehen sein. Während Dr. Glossin mit Jane sprach, versuchte er die alten Künste. Ganze Ströme magnetischen Fluidums ließ er auf sie wirken, während er im Laufe des Gespräches ihre Hände ergriff. Mit aller Kraft suchte er sie wieder unter seinen Willen zu zwingen. Ein Weilchen ließ ihn Jane gewähren. Dann entzog sie ihm ihre Hände.

„Nun ist es genug, Herr Doktor. Sie sehen mich an ... so ... was ... wollen Sie?"

Bei diesen Worten schaute sie ihm selbst so sicher und unbeeinflußt in die Augen, daß er seine Bemühungen aufgab.

Ein mächtiger Wille hatte Jane gegen alle hypnotischen Beeinflussungen von anderer Seite verriegelt. Wohl konnte er ruhig mit Jane sprechen. Aber alle Annäherung konnte ihm nichts nutzen. Sie war gegen seinen Einfluß gefeit. Eine Verriegelung, die Atma gelegt hatte ... Doktor Glossin zweifelte, ob es ihm je gelingen könnte, sie wieder aufzuheben. Ein einziges Mittel blieb, eine schwere seelische Erschütterung. Wenn sie stark genug war, wenn sie die Seele mit voller Macht traf, dann konnte sie den Riegel vielleicht zerbrechen.

Dr. Glossin lehnte sich in seinen Stuhl zurück und holte aus seiner Brusttasche ein zusammengefaltetes Zeitungsblatt hervor.

„Ich bitte Sie um Verzeihung, Mrs. Bursfeld, wenn meine Blicke länger als üblich an den Ihren hingen, meine Hände länger als gewöhnlich in den Ihren ruhten. Die überraschende Mitteilung Ihrer Vermählung bringt mich in eine eigenartige Lage, macht eine Nachricht, die sonst nur bedauerlich gewesen wäre, zu einer Trauerbotschaft."

Jane blickte ihn mit weitgeöffneten Augen an. Ueberraschung und Bestürzung malten sich auf ihren Zügen.

„Eine schlimme Nachricht aus Linnais."

Dr. Glossin sagte es, während er Jane das Haparanda Dagblad mit der Nachricht vom Untergange des alten Hauses Truwor hinhielt.

Jane warf einen Blick darauf.

„Herr Doktor, ich verstehe kein Schwedisch. Sie müssen mir das übersetzen."

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Arbeitspartei Polens

Ortsgruppe Lodz.

Am Montag, den 20. April l. J., um 7 Uhr abends, findet im Saale des Vereins deutschsprechender Meister und Arbeiter, Andrzejastraße 17, die

Jahresversammlung

der Mitglieder der Ortsgruppe statt.

Tagesordnung:

1) Bericht des Vorstandes und der Unterinstanzen.
2) Neuwahlen des Vorstandes, des Bibliothekvorstandes, der Revisionskommission usw.
3) Wahl der Delegierten zum Parteitag.
4) Anträge.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten.

Der Ortsvorstand.

Die Jugendabteilung der D. A. P.

veranstaltet am Sonntag, d. 12. April, am 1. Osterfeiertag ein

großes Osterfest

verbunden mit Ueberraschungen, im englischen Saale, Aleja 1-go Maja Nr. 2 (Ecke Wulczanskastraße). 687

Die Musik liefert das eigene Streichorchester unter Leitung des Dirigenten Herrn Ende.

Tanz. Beginn 4 Uhr nachmittags. **Tanz.**

Die Mitglieder, Freunde u. Gönner der Jugendabteilung sowie der D. A. P. werden hierzu herzlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

Für Steuerzahler!

Beratung in Sachen der Einkommen-, Umsatz-, Vermögens- und Mietssteuer;
Bittgesuche an die Bezirks- und Friedensgerichte und sämtliche Behörden;
Auskünfte in Wohnungs-, Rechts- und Krankenkassen-Angelegenheiten;
Gesuche und Reklamationen;
Uebersetzungen von jeglicher Art Schriftstücken in Polnisch, Deutsch, Russisch;
Abschriften auf der Maschine

erledigt

Das Sekretariat der D. A. P.

Zamenhofa 17.